

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/241.
Für den Druck: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/241.

Bezugs-Gebühr: 1.10 monatlich, 12.00 jährlich, 1.00 pro Heft.
Anzeigen-Preise: 1.00 pro Zeile pro Tag, 10.00 pro Woche, 30.00 pro Monat, 300.00 pro Vierteljahr, 1000.00 pro Jahr.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariehofstr. 38/40.
Druck u. Verlag von Neumann & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verbreitung nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) - Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage) in höchster Vollendung,
Kunstspiel-Flügel und Pianos sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüßlicher Solidität

Furchtbare Räubertat in Giegen.

Eine 20köpfige Räuberbande stürmt eine Direktorenvilla und steckt sie in Brand. Die französische Presse agitiert für die deutsche Linke. - Vor dem Pariser Besuch des englischen Außenministers.

Frankreichs Parole für die deutschen Wahlen

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Dez. Der „Temps“ gab zu Beginn der letzten Woche vor den deutschen Reichstagswahlen die offizielle Parole zur Einstellung Frankreichs, am 7. Dezember, nämlich: Unterstützung der deutschen Linksparteien nach allen Kräften zur Schwächung Deutschlands.

Die meisten Pariser Blätter besaßen sich heute mit der deutschen Wahlkampf, zwar unter verschiedenen Titeln und Schlagworten, aber immer nur mit dem einen Wunsch: Stärkung der Linken und Schwächung der Rechten. Das Voucher nahestehe „Welt Journal“ überschreibt seine Betrachtungen: Witz gegen Streifen, oder die beiden Richtungen der deutschen Politik. Andere Blätter sehen dem Wahlkampf entgegen als der Entscheidung zwischen Monarchisten und Republikanern und fragen, ob die Männer des alten Regimes, vertreten durch die Deutschnationalen, aus Niederkommen würden, oder die Demokraten, als die wahren Anhänger der Republik.

Die Stellung Stresemanns und der Volkspartei zu den Deutschnationalen, wie besonders das Auftreten des Reichskanzlers gegen die Rechte in seinen letzten Wahlreden, gibt den französischen Zeitungen erwünschten Anlaß, ihre Solidarität mit der Linken hart zu unterstreichen. Vielfach lassen besonders die sozialdemokratischen Blätter Frankreich ihre Wahlprophezeiungen dahin zusammenfassen, daß man allerhöchstens mit einiger Bestimmtheit Verluste der extremen Linken und Rechten voraussehen könne. Welcher Partei diese Verluste andererseits zugute kommen würden, das sei sehr schwer vorauszusagen. Wie aber auch immer das Resultat dieser Wahl sein würde, meint beispielsweise der „Gaulois“, auch in Zukunft bleibe die deutsche Gefahr für Frankreich immer die gleiche.

Ein Zwischenfall in der französischen Kammer.

Paris, 1. Dez. (Kammer.) Die Kammer erörterte in ihrer heutigen Vormittagssitzung das Budget über die Militärpensionen. Im Verlaufe der Sitzung ist es zu einem Zwischenfall gekommen. Ein junger Mann wartete auf dem Tribüne in den Sitzungssaal zu treten, in denen für eine bessere Unterbringung der Kriegsteilnehmer und der Kriegswitwen und -waisen eingetreten wird. Der Urheber des Zwischenfalls wurde nach der Quäntur der Kammer geführt und, nachdem er seine Personalien angegeben hatte, wieder freigelassen.

8 Personen erschlagen.

Siegen, 1. Dez. (1.40 nachts.) Heute nachmittag gegen 6 Uhr wurde auf die Villa des Direktors der Raiffeisenvereine Haiger bei Siegen ein Heberfall verübt. Eine Horde von 20 bis 25 Mann erstürmte die Villa. Die sich entgegenstellenden Personen wurden erschlagen. Der Direktor wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Seine Frau, seine Schwiegermutter, eine zu Besuch weilende Dame, drei Bureauangestellte, ein Gärtner und ein Arbeiter wurden gefötet. Nach vollzogener Tat steckten die Räuber die Villa in Brand. Die Leichen wurden teilweise verkohlt aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Man nimmt an, daß die Räuber es auf eine große Summe Lohngeelder, die in der Villa aufbewahrt wurde, abgesehen hatten.

Bestellte Pariser Wahlmache.

Monsieur Jules Sauerwein, einer der berühmtesten Redatoren des „Matin“ und überdies ein Franzose, dessen Name nie vergessen werden sollte, wenn die Hauptschuldigen des Weltkrieges aufgezählt werden, hat in der vergangenen Woche eine Informationsreise durch Deutschland unternommen, um seinen Lesern die wünschenswerten Vorstellungen über die „Mentalität“ der wählenden Wähler beizubringen. Seinen Lesern - wohlwollend: nicht den Franzosen schlechthin, die im Durchschnitt realpolitisch viel zu wenig interessiert sind, um sich mit dem deutschen Parteiewirrwah auch nur oberflächlich zu beschäftigen, sondern um hauptsächlich einseitigen Franzosen, namentlich aber auch jenen Deutschen, die ihre politische Weisheit ausschließlich aus Paris empfangen und die Ausführenden vieldeutiger lächelnder französischer Presseleute zu Leistungen ihres unheilvollen Wirkens machen. Solche sogenannte Pressefremden des Auslandes eben nämlich durchaus nicht immer, wie der deutsche Wählermann unbedenklich glaubt, die ehrliche Auffassung des Auslandes wieder, sondern sind ebensofort mit der Absicht verfaßt, auf das in Frage kommende Land eine ganz bestimmte Rückwirkung zu erzielen, eine Rückwirkung, die ebensofort von gewissen Gruppen dieses Landes gewünscht und veranlaßt worden ist. So sind namentlich die deutschen Informationsberichte der Pariser Boulevardpresse aufzufassen und die Voraussetzungen für die deutschen Wahlen“ Sauerweins können als Mufterbeispiel dafür dienen.

Nicht um die Stimmung der Wählermassen zu schillern, sondern um sie zu beeinflussen, schreibt der geschickte Berichterstatter sein Prognose, in der seine Gewissheit, daß seine Helferhelfer in Deutschland schon für die nötige Verbreitung der „französischen“ Auffassung sorgen werden. Der diese willkürlichen Kampagne Sauerweins kund, ist nachher schon oft genug betont worden: es sind die Internationalisten aller Schattierungen, die eine sich den ausländischen Interessen unter allen Umständen unterordnende deutsche Politik fordern und lieber dem fremden Zylinderhalter die Hand hinhalten. Sie haben denn auch dafür gesorgt, daß Sauerwein das anstempelt, was ihnen Ballast fürs Ohr ist, und auch wenn dieser alte Fuchs es uns in einem Augenblicke des Ueberdies nicht verriet, mit wessen Hilfe er gepflügt hat, so wüßten wir doch, daß er bei denen um Monsieur Verhaard von der „Vossischen Zeitung“ zu Hause gewesen ist. Was nämlich schreibt Sauerwein von diesem famosen deutschen Chefredakteur und Mitglied einer Partei, die seiner Meinung nach über „Köpfe“, Presse und Banken verfaßt? „Sie (die Demokraten) hoffen eine wertvolle Errungenschaft in der Person Georg Verhaards gemacht zu haben, der in Halle mit verheißungsvollen Aussichten aufgetaucht worden ist.“ „Ich fürchte die Tanaer - auch wenn sie Geschenke bringen“, möchte man in entsprechender Umarmung auf die den demokratischen Wahlzettel empfehlende Weise des „Matin“ ausdrücken. Abschließen davon, daß die Aussichten Verhaards durch seine handreichliche Art der Wahlpropaganda, die sich in Halle bekanntermachen in ein paar veritablen Christen für einen politischen Auserdendenden anwirkte, kaum aussichtsreicher geworden sein dürften, muß die Empfehlung Sauerweins jedem nationalgefärbten Deutschen die Augen öffnen. Von Männern wie diesem ist Deutschland nur Unheil gekommen, und gerade von ihm sollten wir nur deutschen Schicksalskunde am 7. Dezember einen Rat annehmen?

Frankreich weiß, daß es den Krieg zur Hälfte verloren hat, wenn diesmal die Rechte in Deutschland siegt. Nicht daß es im Ernst daran dächte, daß ein Bürgerkrieg mit dem trommelnden irribrikanischen Grunabier eines nationalen Wahlplakats zu identifizieren wäre, wie ihn Sauerwein seinem Bericht als Plakarte im Bilde beifügt. Es weiß vielmehr sehr gut, daß man in Deutschland recht und ebensoviel beionener geworden ist, als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland konsolidiert, in Frankreich verwickelt haben. Frankreich weiß, daß ein zielbewusstes Deutschland in ruhiger Entschlossenheit weit mehr durchdringen wird, als sich jetzt abnen läßt, denn die militärische Fassade am Rhein kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der „großen“ Republik sehr viel sauer ist, und namentlich das wirtschaftliche Fundament spröde zeigt, die nicht von heute auf morgen verteidigt werden können. Daher bedeutet es für die französische Politik schlechthin eine Lebensfrage, ob in Deutschland die „Parteien der Versöhnung“, das heißt diejenigen Politiker am Ruder bleiben, die auch jetzt noch um einer Verübung willen zu Opfern bereit sind, welche in schreiendem Mißverhältnis zu dem erreichbaren politischen Gewinne stehen. Wer Frankreich kennt - nicht jene schillernde, leicht bewegliche international

Der Streit um die Reparationen.

Paris, 1. Dez. Amlich wird nunmehr behauptet, daß die Konferenz der alliierten Finanzminister, die für den 7. Dezember in Paris geplant war, um einige Wochen aufgeschoben worden ist und nicht vor Anfang Januar stattfinden werde. Diese Konferenz hat bekanntlich die Aufgabe, den Anteil der alliierten Länder an den Summen festzusetzen, die sich aus der Ruhrbesetzung und aus den eichen Annuitäten ergeben, die Deutschland gemäß dem Dawes-Plan zahlen muß. Die amerikanische Regierung hat das Verlangen geäußert, an der Verteilung nicht nur zwecks Rückerstattung seiner Kriegskosten, sondern auch der Reparation seiner materiellen Kriegsschäden beteiligt zu werden. Die amerikanischen Liquidationsforderungen sollen sich, wie Dawes berichtet, auf 5 Milliarden Goldmark belaufen. England habe nicht eingewilligt, auch nur das geringste von seinem Anteil zu opfern, und sein Ersuchen ist die internationalisierte Finanzminister-Konferenz aufgeschoben worden, um in der Zwischenzeit mit der amerikanischen Regierung Verhandlungen einzuleiten. (W. F. B.)

Das rätselhafte Herriot-Memorandum.

Herriots Memorandum eine kommunistische Fälschung?

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Dez. Wie gemeldet, hatte die Berliner Rechtspresse den Text eines Dokumentes veröffentlicht, das den Wortlaut einer Note wiedergab, die der französische Ministerpräsident Herriot an die übrigen alliierten Regierungen gerichtet haben sollte. Wie ebenfalls bereits mitgeteilt, hatte man an den amtlichen Stellen erklärt, vom Vorhandensein einer solchen Note nicht zu wissen.

Heute erklärt man amtlich, daß es nach Lage der Dinge nicht anzunehmen wäre, daß Forderungen, wie sie das veröffentlichte Dokument enthält, von amtlicher französischer Seite gestellt würden, weil sie dem Wortlaut und dem Sinn der militärischen Klauseln des Versailler Vertrags widersprechen würden.

Auf der Grundlage dieses verkäuflichen amtlichen Dementis baut nun das „Berliner Tageblatt“ heute unfähig heftige Widerlegungsversuche des „Deutschnationalen Wahlschwindsels“ auf. Es läßt sich dabei zu Schlusfolgerungen verleiten, die allen Ernstes den Verdacht aufkommen lassen, daß irgendwelche demokratische Persönlichkeiten in Schutz zu nehmen sind. So wird angegeben, daß das Dokument in einer Berliner kommunistischen Fälscherzentrale hergestellt worden sei und daß sich anscheinend die Kommunisten und die Deutschnationalen in die Hände gearbeitet hätten. Dem „Berliner Tageblatt“ dürfte bekannt sein, daß noch niemals Gemeindefunktionen oder auch nur Berührungen der Deutschnationalen mit den kommunistischen erfolgt sind, und daß man auf deutschnationaler Seite hinreichend fähigsten besitzt, um einem Schwindel auf die Spur zu kommen. Die doch sonst so gerissenen demokratischen Presschäufelinge scheinen in blindem Abwehrreifer ganz zu vergessen, daß durch solche Auslassungen ein einmal vorhandener Verdacht lediglich verstärkt werden kann. Ebenso werden sie ganz „vergessen“ zu haben, daß die „Berl. Wörkzentn.“, die die Fälschung veröffentlichte, kein deutschnationales Blatt ist. Im übrigen spricht natürlich die Tatsache, daß gerade dieses ernste

und verantwortungsbewußte Blatt die Veröffentlichung erst nach reiflicher Prüfung vorgenommen hat, durchaus gegen das überlauten Fälschungsgeschrei der Linken.

Dementis vor der Veröffentlichung.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Dezember. In einer Besprechung des Herriot'schen Memorandums weist heute die „Kreuzzeitung“ auf die eigentümliche Tatsache hin, daß das Dokument von den veröffentlichten in Frage kommenden Zeilen dementiert wurde, ehe es der Öffentlichkeit überhaupt bekannt war. Gerade dieses vorüberge Dementieren im Einvernehmen mit der deutschen Vordrücke müsse als ein Anzeichen für die Echtheit des unerbörten Schriftstücks gelten. Der springende Punkt der ganzen Angelegenheit sei in erster Linie die Frage, ob ein Vorgehen gegen die Person des Generals v. Seekt, wie es in dem Schriftstück angekündigt wird, und die noch weiter geplante Verhöhnung der Reichswehr beabsichtigt ist. Daß ein solches Vorhaben der französischen Regierung, das von den deutschen Demokraten und Sozialisten mit warmem Herzen begrüßt werden würde, nicht heute oder morgen, vor allem nicht vor den Wahlen erfolgen wird, darüber sind wir uns, erklärt die „Kreuzzeitung“, selbstverständlich klar; aber es ist wohl möglich, daß es sich nicht um eine Note, sondern vorläufig nur um ein Exposé gehandelt hat.

Die deutschen Regierungskreise verdammen sich natürlich auch hinter die „amtliche“ Stelle, die von einer „Note“ nichts weiß. Natürlich kann der deutschen Regierung das Herriot'sche Memorandum, das für die Alliierten bestimmt ist, nicht zugegangen sein. Dagegen ist doch sicher der „amtliche“ Stelle ebenso wie den Einsichtlern, die schon acht Tage das Memorandum kennen, der Inhalt bekannt gewesen. Wir fragen deshalb nochmals: Daß sich die deutsche Regierung davon überzeugt, daß die in dem Schriftstück ausgesprochenen Absichten Frankreichs tatsächlich nicht bestehen, und hat sie sich vergewissert, daß jener Vorstoß gegen die Reichswehr auch nicht später erfolgt? Damit, daß durch die angebotenen Maßnahmen der Friedensvertrag überschritten werden würde, ist doch absolut nichts bewiesen; denn wie oft haben nicht unsere Feinde schon den Friedensvertrag überschritten.